

Rheinsberger Resolution

Im folgenden drucken wir eine Resolution ab, welche die 34 TeilnehmerInnen und Teilnehmer des "Vernetzungstreffens der Indonesiengruppen" darunter VertreterInnen der Organisationen INFOHD (Indonesian Forum for Human Dignity, Niederlande), API (Aliansi Pemuda/Pemudi Indonesia, Deutschland), IMBAS (Initiative für die Menschenrechte aller BürgerInnen der ASEAN-Staaten, Deutschland), Südostasien Informationsstelle im Asienhaus Essen, Arbeitskreis Vierte Welt, Magdeburg und Watch Indonesia! – Arbeitsgruppe für Menschenrechte, Demokratie und Umweltschutz, das vom 10. bis 12. Mai 1996 in Rheinsberg stattfand, verabschiedet haben. verabschiedet.

An Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl, Außenminister Dr. Klaus Kinkel, die Mitglieder des Bundessicherheitsrates (Minister für Wirtschaft, Finanzen, Inneres u. Verteidigung), Mitglieder des Deutschen Bundestages, Mitglieder des Europaparlamentes,

Resolution der TeilnehmerInnen am Vernetzungstreffen der Indonesiengruppen (AK Indonesien V) vom 10.-12. Mai 1996 in Rheinsberg

Deutschland muß Verantwortung zeigen !

Gegen die anhaltenden schweren Menschenrechtsverletzungen in Indonesien und Osttimor müssen deutliche Schritte seitens der Bundesregierung unternommen werden.

Alle Rüstungsexporte nach Indonesien müssen sofort eingestellt werden.

Zum Hintergrund:

In Politikerkreisen werden die deutsch-indonesischen Beziehungen allgemein als "gut" bezeichnet. Diese Einschätzung wird unterstrichen durch eine Vielzahl von Kontakten, gegenseitigen Besuchen von Vertretern aus Politik und Wirtschaft sowie durch zahlreiche Projekte der Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern.

1993 reiste Bundeskanzler Helmut Kohl zum Staatsbesuch nach Indonesien. Dem Besuch folgte der Export von 39 Kriegsschiffen der ehemaligen NVA-Flotte nach Indonesien. Die harte Kritik, die in beiden Ländern an diesem Rüstungsgeschäft geübt wurde, endete in Indonesien mit dem Verbot dreier führender Zeitschriften und dem Ende einer zaghaften Öffnungspolitik.

1994 wurde bekannt, daß die neue Bundeshauptstadt Berlin mit Jakarta, der Hauptstadt der Republik Indonesien, eine Städtepartnerschaft eingegangen ist. Dem Vernehmen nach kam die Städtepartnerschaft auf Druck des Auswärtigen Amtes zustande, ohne daß die Parlamente der beiden Städte auch nur darüber in Kenntnis gesetzt worden waren. Eine gemeinsame Erklärung beider Städte beschränkt sich fast ausschließlich auf Projekte der wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Kultureller Austausch und Kontakte zwischen BürgerInnen beider Städte seien wegen der damit verbundenen hohen Kosten extrem schwierig zu verwirklichen, hieß es.

1995 war Indonesien als "Partnerland" auf der Hannovermesse vertreten. Etliche deutsch-indonesische Kooperationsverträge im Wert von mehreren Milliarden DM sollten im Rahmen der Messe unterzeichnet werden. Zu diesem Anlaß

reiste Indonesiens Präsident Suharto mit einer Delegation, der sämtliche bedeutenden Minister sowie etliche seiner Familienmitglieder angehörten, zum Staatsbesuch nach Deutschland.

Suharto, der von Bundespräsident Herzog, Bundeskanzler Helmut Kohl, den Ministerpräsidenten Schröder, Rau und Biedenkopf sowie von Hannovers OB Herbert Schmalstieg offiziell empfangen wurde, sah sich unerwartet auf allen Stationen seiner Reise mit lautstarken Protesten gegen die Menschenrechtsverletzungen durch seine Regierung konfrontiert. Die indonesische Bürgerrechtlerin Yeni Rosa Damayanti, der Herausgeber der verbotenen Zeitschrift TEMPO, Gonenawan Mohamad, und der oppositionelle Politiker Dr. Sri-Bintang Pamungkas, die sich kurz vor bzw. während des Staatsbesuches in Deutschland aufhielten, wurden als Sündenböcke mißbraucht und beschuldigt, die Urheber der genannten Proteste gewesen zu sein. Dr. Sri-Bintang Pamungkas wurde vergangene Woche, am 8.5.1996, in Jakarta wegen des Inhalts seiner Vorträge an deutschen Universitäten zu 34 Monaten Haft verurteilt.

Während Politiker aller im Bundestag vertretenen Fraktionen ihr Unverständnis über die Verfolgung von Dr. Sri-Bintang Pamungkas äußerten, hielten sich Regierungsvertreter von Bund und Ländern vornehm zurück. Niedersachsens Landesregierung hat, wie jüngst bekannt wurde, am 18. Dezember 1995 einen Vertrag zur Zusammenarbeit mit der staatlichen indonesischen Flugzeugfabrik IPTN unterzeichnet, um den angeschlagenen niedersächsischen Flugzeughersteller ASL (Aircraft Service Lemwerder) zu retten.

Der Bundessicherheitsrat genehmigte Anfang April 1996 den Export von zunächst 7 Luftlandeanzern des Typs WIESEL durch die Kieler MAK Systemgesellschaft. Indonesien bestellte die WIESEL zur Verwendung als "Truppenversuchsmuster". Sollte Indonesiens Militär Gefallen an diesen Panzern finden, ist ein Folgeauftrag zur Lieferung einer größeren Stückzahl nicht ausgeschlossen. Nach Auffassung des Bundessicherheitsrates war die Exportgenehmigung zu erteilen, da die Panzer nicht für die Bekämpfung von Aufständen geeignet seien.

Keine drei Wochen später stellte das indonesische Militär unter Beweis, was von solchen Argumenten zu halten ist. In der letzten Aprilwoche demonstrierten tausende StudentInnen in der Provinzhauptstadt Ujung-Pandang auf Sulawesi gegen Fahrpreiserhöhungen. Das Militär ließ Panzer auffahren und ging mit brutaler Gewalt gegen die DemonstrantInnen vor. Die nationale Menschenrechtskommission Indonesiens bezeugte, in Hörsälen der Universität Blutspuren und leere Patronenhülsen vorgefunden zu haben. Mindestens sechs DemonstrantInnen kamen bei den Auseinandersetzungen ums Leben – andere Quellen sprechen von bis zu 18 Todesopfern.

Im Januar 1996 gründete sich die unabhängige Wahlbeobachtungskommission KIPP und wählte den ehemaligen Herausgeber der verbotenen Zeitschrift TEMPO zu ihrem Präsidenten sowie den Mitarbeiter der Rechtshilfeorganisation LBH, Mulyana, zum Generalsekretär. Ziel der Kommission ist es, den gesamten Vorgang der Parlamentswahlen, die im März 1997 stattfinden werden, zu beobachten und dabei auftretende Manipulationen zu dokumentieren. Die Regierung Indonesiens streitet KIPP die Legitimation zur Wahlbeobachtung rundweg ab. Seit einiger Zeit sieht sich KIPP massiven Bedrohungen durch paramilitärische Jugendorganisationen ausgesetzt. Das Büro von LBH in Medan, Nordsumatra, wurde in Brand gesetzt und völlig zerstört. Auch in Lampung und in Garut, Westjava, kam es zu tätlichen Angriffen auf KIPP.

In dem seit 1975 völkerrechtswidrig besetzten Inselteil Osttimor ist die Menschenrechtssituation weiterhin besorgniserregend. Die Brisanz der Lage zeigt sich indirekt in einer seit Monaten anhaltenden Fluchtwelle. Hunderte Osttimoresen machten sich im letzten Jahr als "boat people" in kleinen Schiffen auf den Weg nach Australien. Nicht allen gelang es jedoch, ihr Ziel zu erreichen. Ein Teil wurde von der indonesischen Marine aufgebracht und an ihren Herkunftsort zurückverfrachtet. Ein intensivierter "Küstenschutz" mit Hilfe der deutschen Kriegsschiffe wird die Kontrollmöglichkeiten in Zukunft noch verbessern.

Andere osttimoresische Flüchtlinge machten in letzter Zeit immer wieder durch Besetzungen ausländischer Botschaften in Jakarta auf ihr Schicksal aufmerksam, wo sie um Asyl suchten. Fast einhundert Timoresen gelang auf diese Art und Weise bereits die Ausreise nach Portugal, der früheren Kolonialmacht

Osttimors. Mitte April, nur wenige Tage nach der Genehmigung des WIESEL-Exports, versuchten 8 Timoresen erstmals auch in der deutschen Botschaft um Asyl zu bitten. Bereits von indonesischen Sicherheitskräften verfolgt, gelang es ihnen, mitten in der Nacht, die Mauer der Botschaft in Jakarta zu überklettern. Dort stießen sie auf Angestellte einer lokalen Wachschutzfirma, die umgehend dem Zutritt zum Botschaftsgelände gewährten. Vor den Kameras einiger zuvor in Kenntnis gesetzter Reporter begann das Militär mit Knüppeln auf die Botschaftsflüchtlinge einzuschlagen und sie mit Fußtritten zu malträtieren. Drei Timoresen mußten ins Krankenhaus eingeliefert werden, die übrigen wurden festgenommen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die volle Verantwortung für dieses Ereignis beim Auswärtigen Amt sowie beim deutschen Botschafter in Jakarta liegt. Gerade die Bundesrepublik Deutschland sollte sich dazu verpflichtet fühlen, sich für unfreiwillige Botschaftsflüchtlinge einzusetzen. Als vor sieben Jahren BürgerInnen der DDR in bundesdeutsche Botschaften in Budapest und Prag flüchteten, war es eine Selbstverständlichkeit, alle diplomatischen Hebel in Bewegung zu setzen, damit diese Menschen nicht in eine Situation zurückversetzt werden, der sie berechtigterweise zu entfliehen suchten. Die Botschaftsbesetzungen von damals waren nicht nur eine eindrucksvolle Demonstration, die der Weltöffentlichkeit die Augen für die Lage in der DDR öffnete, sondern darüber hinaus auch der Auslöser für den Zusammenbruch des SED-Regimes.

Das Auswärtige Amt bat für den Vorfall in Jakarta um Entschuldigung, versuchte aber, die Verantwortung auf die Angehörigen des Wachschutzdienstes abzuschieben. Immerhin sahen sich die Diplomaten veranlaßt, mit den indonesischen Behörden die Ausreise der acht Timoresen auszuhandeln. Ende April konnten die Flüchtlinge nach Portugal ausreisen, wo sie umgehend medizinisch behandelt wurden.

Schlußfolgerungen:

Aus der immensen Anzahl schwerer Menschenrechtsverletzungen durch das indonesische Regime konnten hier nur wenige Beispiele genannt werden.

- Die offen zur Schau gestellte Brutalität des indonesischen Militärs vor der deutschen Botschaft in Jakarta,

- der völlig unverhältnismäßige Einsatz von Panzern gegen DemonstrantInnen in Ujung-Pandang und die kaltblütige Ermordung mehrerer DemonstrationsteilnehmerInnen, und

- das allen internationalen Rechtsgrundsätzen widersprechende drakonische Strafmaß, das gegen Dr. Sri-Bintang Pamungkas verhängt wurde, der in Deutschland von seinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht hatte,

sollten allerdings für die Bundesrepublik Deutschland Anlaß genug sein, ihre Verantwortung gegenüber den Menschen in Indonesien neu zu überdenken.

Forderungen:

- Wir erwarten eindeutige Stellungnahmen der Bundesregierung, um künftige Menschenrechtsverletzungen zu vermeiden, insbesondere auch im Rahmen einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik der EU und in internationalen Gremien der UN.

- Die Menschenrechte in Indonesien und Osttimor dürfen nicht länger wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik untergeordnet werden.

- Der für Herbst dieses Jahres geplante erneute Staatsbesuch von Bundeskanzler Kohl in Indonesien wird zum Prüfstein für die Ernsthaftigkeit, mit der die Bundesregierung sich für die Wahrung der Menschenrechte einsetzt.

- In diesem Zusammenhang fordern wir Bundeskanzler Kohl als Repräsentant einer der mächtigsten Demokratien der Welt auf, der unabhängigen Wahlkommission KIPP in ihrem Bemühen um die Demokratisierung Indonesiens seine uneingeschränkte Unterstützung zuzusagen. Wir fordern den Bundeskanzler insbesondere dazu auf, im Kontakt mit der Regierung Indonesiens alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um KIPP vor weiteren Angriffen und Behinderungen zu schützen.

- Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, gegenüber der Regierung Indonesiens ihren Protest gegen die Verurteilung von Dr. Sri-Bintang Pamungkas einzulegen und sich für ein gemeinsames Kommuniqué der EU-Mitglieder in dieser Sache einzusetzen.

- Die Entführung eines Wissenschaftlerteams, dem auch ein deutscher Geograph angehörte, sorgte im Januar 1996 für die gesteigerte Aufmerksamkeit westlicher Politiker für Menschenrechts- und Umweltprobleme in West Papua. In diesem Zusammenhang verabschiedete das Europaparlament im Mai die Resolution B4-0332/96. Wir erwarten nun konkrete Schritte der Bundesregierung, um bei der indonesischen Regierung auf eine Verbesserung der Situation in West Papua hinzuwirken.

- Die Genehmigung zum Export der Luftlandpanzer WIESEL durch den Bundessicherheitsrat ist unverzüglich zu widerrufen.

- Eine Stärkung des Unterdrückungspotentials des indonesischen Militärs durch zukünftige Rüstungsexporte oder andere vergleichbare Maßnahmen muß unterbunden werden. Je größer die Macht des Militärs, desto größer wird auch die Wahrscheinlichkeit immer neuer Flüchtlingsströme - nicht nur - aus Osttimor.

Die Existenz einer nationalen Menschenrechtskommission genügt nicht, um die Menschenrechte in Indonesien und Osttimor zu gewährleisten. Den Menschen in Indonesien und Osttimor müssen die grundlegenden Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten gewährt werden, die von den Vereinten Nationen allgemein anerkannt sind.

Rheinsberg, den 12.5.1996

14.6.-31.7.1996

Michael Siewert: *Kunst auf Reisen - Philippinen - Ölbilder, Photographien und Radierungen*

Ort: Philippinenbüro im Asienhaus, Bullmannau 11, 45327 Essen Tel.: 0201-8303828, Fax: 0201-8303830. Veranstalter: Philippinenbüro, Essen

10.7.1996

Barbara Dreis, MA Universität Mainz: *Entwicklung der ASEAN nach dem Singapur-Gipfel 1992 auf dem Weg zum regionalen Ordnungsfaktor*

Ort: Hörsaal des Orientalischen Seminars (Kerpener Straße/Ecke Weyertal), 50923 Köln. Veranstalter: Kölner interdisziplinäre Konferenz für gegenwartsbezogene Südostasien-Forschung sowie die Fachschaft Malaiologie-Information: 0221-4703470

29.8. - 1.9.1996

International Summer Seminar (Teil-) *Communications policies in Western Europe and Southeast Asia: Cultural and Historical Perspectives*

Ort: Brügge / Belgien, Veranstalter: SMIIT (Centre for Studies on Media, Information & Telecommunications), Freie Universität Brüssel; AMIC (Asian Mass Communication and Information Center), Singapur; CSC (Communication for Social Change), Katholische Universität Brüssel

17.9.1996

Dr. A. Reinecke, Archäologe, Bonn: *Archäologie in Vietnam. Ergebnisse deutsch-vietnamesischer Zusammenarbeit*

Ort: Restaurant ATRIUM, Bertha von Suttner-Platz 1, Düsseldorf, Veranstalter: Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft, Arbeitskreis Region Düsseldorf, c/o Nicolas Wallrath, Hüttenstr. 92, 40699 Erkrath, Tel.: 02104-36266

18.-20.10.1996

Bundesweite Konferenz der Philippinen-Solidaritätsgruppen

Ort: Köln, Anmeldung und Information: Klaus Schmidt, Auf dem Kitzberg 37, 51107 Köln

30.10.1996

Rüdiger Siebert, Journalist und Autor: *Von Marx zu Money - Die rasanten Veränderungen in Kambodscha, Laos und Vietnam*

Ort: BRÜCKE/VHS, 3. Etage, Vortragssaal, Kasernenstr. 6, Düsseldorf, Veranstalter: Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft, Arbeitskreis Düsseldorf (s.o.)

8.-10.11.1996

Studentische Arbeitstagung zu Südostasien und Ozeanien

Ort: Universität Köln (Orientalisches Seminar u. Hauptgebäude), Veranstalter: Fachschaft Malaiologie, Universität Köln. Infos und Anmeldung: Annegret Nitzling 0221-3481173, Patrick Ziegenhain 0221-541361

22.-23.11.1996

Naturkatastrophen in Südostasien. Ursachen, Wirkungen und Umgang. Geographische, ethnologische, ökologische und juristische Aspekte.

Ort: Universität Trier, Raum C 22 / A 8, Veranstalter: Projekt Ost-/Südostasien-Projekt im IfSF e.V. Trier, Infos: IfSF, Postfach 4324, 54233 Trier

23.11.1996

Umwelt- und Naturschutz in Vietnam. Ganztägiges Ökologie-Seminar mit vietnamesischen und deutschen Experten.

Ort: Kaiserhof, Bahnstr.2, Erkrath Veranstalter: Deutsch-Vietnamesische Gesellschaft, Arbeitskreis Düsseldorf (s.o.)